Bundesrat **Drucksache** 146/1/90

26.03.90

Fz - AS - In

Empfehlungen
der Ausschüsse

zur

Verordnung über die Einschränkung des Umfangs der Statistik der Personalzugänge und -abgänge (Personalwechselstatistik) 1990/91

Punkt der 611. Sitzung des Bundesrates am 06. April 1990

A

1. Der federführende Finanzausschuß,
der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik und
der Ausschuß für Innere Angelegenheiten
empfehlen dem Bundesrat,
der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.

B

2. Der Ausschuß für Innere Angelegenheit empfiehlt dem Bundesrat ferner, die nachstehende Entschließung anzunehmen:

Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob in Zukunft auf die Erhebung der Personalwechselstatistik ganz verzichtet werden kann, nachdem die erforderlichen Daten durch Auswertung bereits vorhandener Dateien schneller und kostengünstiger ermittelt werden können.

Abgeliefert am 27. MRZ. 1990

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

Die Erhebung ist, gemessen an dem großen Erhebungsaufwand, wenig ertragreich. Die weitgehend automatisierte Personalverwaltung im öffentlichen Dienst ermöglicht es, die Grundlagen für die Vorbereitung beamten- und besoldungsrechtlicher Regelungen zeitnäher und kostengünstiger durch Auswertung vorhandener Personaldateien zu ermitteln. Angesichts der ungünstigen Kosten-Nutzen-Relation wäre es erforderlich und sachgerecht, diese Statistik in Zukunft nicht nur teilweise, sondern ganz entfallen zu lassen.